

Die letzte Frist – fünf Jahre

Die Zeit wird knapp, den Klimawandel noch zu begrenzen / Von Christian Mihatsch

Bei den Klimaverhandlungen in Durban kommt Europa eine entscheidende Rolle zu: Als Preis für eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls verlangt die EU, dass sich alle großen Länder dazu verpflichten, bis 2015 ein weltweites Abkommen auszuhandeln. Besonders fraglich ist aber die Zustimmung der USA.

Der Kampf gegen den Klimawandel droht verloren zu gehen. Im vergangenen Jahr haben die weltweiten Kohlendioxid(CO₂)-Emissionen einen neuen Höchststand erreicht. Dieser Rekord ist aber nur zum Teil auf Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Zusätzlich hat auch noch die Energieeffizienz abgenommen. „Ohne einen baldigen Kurswechsel werden wir dort enden, wo wir derzeit hinsteuern“, schreibt die Internationale Energieagentur IEA in ihrem aktuellen Jahresbericht: bei einer Erwärmung um sechs Grad. Aber die IEA hat auch ausgerechnet, wie viel Zeit noch bleibt, um die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen: fünf Jahre. Denn bis zum Jahr 2017 werden so viele neue Kraftwerke, Fabriken und Gebäude errichtet, dass das noch vorhandene CO₂-Budget durch die dann bestehende Infrastruktur komplett ausgeschöpft wird (siehe Grafik).

Höchste Zeit also, um bei den Klimaverhandlungen, die nächste Woche in Durban beginnen, einen Durchbruch zu erzielen. Im Zentrum der Verhandlungen steht einmal mehr die Fortführung des

Kyoto-Protokolls, das Ende 2012 ausläuft. In diesem Abkommen haben sich die Industrieländer – außer den USA – zu einer Reduktion ihrer CO₂-Emissionen verpflichtet. Für die Entwicklungsländer ist das Protokoll Ausdruck der Klimaschuld der Industriestaaten, die durch ihre Emissionen seit der industriellen Revolution den Klimawandel verursacht haben. Aber

Japan, Russland und Kanada lehnen eine Verlängerung ab. Somit bleiben nur noch Europa (mit der Schweiz und Norwegen) sowie Australien und Neuseeland, die einer Verlängerung zustimmen könnten. Aber diese Länder wollen ihre Zustimmung teuer verkaufen: Eine Verlängerung ist nur möglich, wenn sich die anderen Länder, insbesondere die USA, China

und Indien, darauf verpflichten, bis 2015 ein weltweites Abkommen auszuhandeln.

Doch noch ist nicht sicher, dass dies gelingt. Denn die Klimaverhandlungen bilden noch immer die Welt zur Zeit des Erdgipfels in Rio de Janeiro im Jahr 1992 ab, wie der ehemalige Chef der UN Klimaverhandlungen Yvo de Boer sagt: „Aus politischer Sicht müssen wir anerkennen, dass sich die Welt seit 1992 geändert hat. Man kann die Welt nicht mehr in zwei Gruppen unterteilen – die reichen Länder mit Reduktionsverpflichtungen und die Länder, die sich noch entwickeln und daher keine Verpflichtungen haben. Wir brauchen ein Abkommen für alle Staaten.“ Doch um dieses Ziel zu erreichen, müssen zwei Hürden überwunden werden. Zum einen müssen die USA entscheiden, ob sie überhaupt bei einem internationalen Klimavertrag mitmachen wollen. Und zum anderen dürfen sich die Entwicklungsländer nicht länger hinter der Klimaschuld der Industriestaaten verstecken. Aber ob dies gelingen kann, ist für de Boer fraglich: „Es gibt eine Reihe von Ländern, die noch nicht ganz so weit sind, unter anderem die USA und Indien.“

Vor dem Hintergrund, dass sich die USA weigern könnten, bis 2015 ein weltweites Abkommen auszuhandeln, macht derweil ein Plan C von sich reden. Hier würde die EU eine Koalition der Willigen schmieden, bestehend aus den verbleibenden Kyoto-Ländern und den Entwick-

lungsländern. Jo Leinen, der Chef des Umweltausschusses im Europaparlament, sagte dazu: „Die Klimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 ist meines Erachtens gescheitert, weil sich die EU zu sehr darauf konzentriert hat, Amerika mit an Bord zu holen. Am Schluss haben wir dies nicht geschafft, aber wir haben dafür die Allianz der Entwicklungsländer G77 und China verloren und hatten schließlich gar nichts.“ Wenn es den europäischen Diplomaten daher gelingt, diesen Fehler zu vermeiden, könnte Durban so enden wie die Klimaverhandlungen in Bali im Jahr 2007. Dort waren sich alle einig mit Ausnahme der USA. „Wenn ihr nicht führen könnt, dann geht aus dem Weg“, schleuderte damals der Vertreter von Papua-Neuguinea der Supermacht entgegen. Und die USA gaben nach.



... oder die Dürre im afrikanischen Land Somalia, sagen die Experten des Weltklimarates.

FOTOS: DPA

INFO

KLIMAKONFERENZ

Vom 28. November bis zum 9. Dezember treffen sich fast alle Staaten der Welt im südafrikanischen Durban zur 17. UN-Klimakonferenz. Ziel dieser Konferenz ist es, eine Lösung für die Zeit nach dem Kyoto-Protokoll zu finden, dessen Laufzeit 2012 endet. Es ist bisher das einzige völkerrechtlich verbindliche Instrument der Klimaschutzpolitik.

miha